

Antwort offener Brief Kita vom 20.06.2026

Es gibt viele Meinungen und Einschätzungen, aber leider auch Fehlinformationen. Deswegen bezieht die Verwaltung Stellung zu der aktuellen Situation. Nachfolgend sind die Texte der Elterninitiative kursiv abgedruckt und werden jeweils richtiggestellt.

**Behauptet wird:** *Eine finanzielle Rechnung mit vielen Unbekannten*

*Die bisher vorgelegten Zahlen zur möglichen Kostenersparnis lassen wesentliche Faktoren außer Acht. Besonders problematisch ist die Annahme, dass ein freier Träger künftig dauerhaft wirtschaftlicher arbeiten könne.*

**Richtig ist:** Die Zahlen liegen auf dem Tisch:

Die Gemeinde Leopoldshöhe zahlt den Trägern für die Betreuung ihres Kindes folgende Beträge:

Trägeranteil freie Träger nach KiBiz pro Kind: 1.200 Euro <sup>1</sup>  
Trägeranteil kommunale Kita pro Kind: 4.600 Euro <sup>2</sup>

*Grundlage der Finanzierung von Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen ist das Kinderbildungsgesetz (KiBiz). Es regelt die Finanzierung der Einrichtungen durch Land, Kommunen und Träger. Zwar erhalten freie Träger im Rahmen des KiBiz höhere Trägeranteile als kommunale Einrichtungen, doch die Realität zeigt, dass diese Mittel vielerorts nicht ausreichen, um Kitas kostendeckend zu betreiben.*

Freie Träger müssen in Leopoldshöhe mit ihrer Finanzierung kostendeckend auskommen und das gelingt ihnen seit Jahrzehnten. Die freien Träger arbeiten ausschließlich mit dem Trägeranteil der Kommune und der KiBiz-Finanzierung. Die Kommunalen Kitas haben weitaus mehr Mittel zur Verfügung, das führt derzeit zu einer Zweiklassengesellschaft. Ziel muss eine faire Behandlung aller Kinder in Leopoldshöhe sein, so hat es der Rat in der Strategie für die Gemeinde Leopoldshöhe beschlossen.

*Viele freie Träger sind deshalb auf zusätzliche kommunale Zuschüsse angewiesen. Die Gemeinde zahlt also weiterhin mit, verliert jedoch wesentliche Steuerungs- und Mitspracherechte.*

Ein Mitspracherecht der Politik ist in allen Kitas, unabhängig von der Trägerschaft gegeben, da in Leopoldshöhe die Elternräte mit politischen Vertretern besetzt sind. Eine politische Einflussnahme durch den Rat auf die kommunalen Kitas ist in den letzten Jahren nicht erfolgt, es sind keine Beschlüsse zu Kita-Themen im Ratsinformationssystem zu finden. Selbst wenn der Rat ein Mitspracherecht hat, so ist es in der Vergangenheit nicht genutzt worden.

*Für viele Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde, ist schwer nachvollziehbar, warum einerseits Millionenbeträge für Baugebiete versenkt werden können, während bei der frühkindlichen Bildung gespart werden soll.*

Während das neue Baugebiet Brunsheide durch die kurzfristigen Einnahmen von Grundstücksverkäufen sowie den langfristigen Einnahmen von Grund- und Einkommenssteuer eine nachhaltige Investition in die Zukunft Leopoldshöhes ist, fließt knapp eine Million Euro als Defizit in den laufenden Betrieb von vier kommunalen Kitas ab, und das jedes Jahr.

Das ist nicht fair gegenüber allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in Leopoldshöhe.

---

<sup>1</sup> Haushalt der Gemeinde Leopoldshöhe, Produkt 06 365 01 – Transferaufwendungen:  
Trägeranteil freie Träger 478.600 € / 400 Kinder = 1.196,50 €

<sup>2</sup> Solidaris Präsentation. Sitzung der AG: jährliches Defizit als Trägeranteil kommunal 925.000 € / 200 Kinder = 4.625 €

**Behauptet wird:** Hohe Risiken durch Fördermittelrückforderungen

*Ein weiterer Aspekt wird bislang kaum öffentlich diskutiert: die Zweckbindungsfristen für geförderte Investitionen. Werden kommunale Immobilien oder geförderte Anschaffungen an einen anderen Träger übertragen, können Fördermittel von Bund und Land zurückgefordert werden. Dies betrifft beispielsweise Investitionen in Gebäude und technische Anlagen wie die Photovoltaikanlage der Kita Greste. Die möglichen Rückzahlungsverpflichtungen können erhebliche Summen erreichen und würden die erhofften Einsparungen zusätzlich schmälern.*

**Richtig ist:** Fördermittelfristen sind bekannt und einkalkuliert

Bei einer Übertragung von Gebäuden oder Anlagen können Fördermittelrückforderungen entstehen. Diese einmaligen Kosten würden sich im niedrigen fünfstelligen Bereich bewegen und sind bereits kalkuliert. Von erheblichen Summen kann im Kontrast zu den hohen jährlichen Ausgaben keine Rede sein. Eine einmalige Zahlung, die sich innerhalb weniger Wochen durch das laufende Defizit von knapp einer Million amortisiert, ist kein Argument gegen eine Entscheidung, sondern ein Argument für sie.

**Behauptet wird:** Auch beim Personal entstehen finanzielle Risiken.

*Selbst wenn die Beschäftigten im Rahmen eines Betriebsübergangs zu einem neuen Träger wechseln, verbleiben bestimmte Verpflichtungen bei der Kommune. Dazu gehören beispielsweise Ansprüche aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes. Diese sogenannten Altlasten tauchen in vielen Berechnungen nicht oder nur unzureichend auf. Sie werden jedoch langfristig den kommunalen Haushalt belasten.*

**Richtig ist:** Keine versteckten Kosten - alles wird geprüft

Die Ansprüche aus der Zusatzversorgung sind bekannt und können kalkuliert werden. Bereits im Jahr 2014 hat die Verwaltung die Abgabe der Trägerschaft geprüft und verworfen. Man fürchtete damals, dass eine solche Diskussion „Unruhen seitens der Eltern und des betroffenen Personals“ auslösen könnte<sup>3</sup>.

Zum Vergleich: Hätte die Gemeinde bereits 2014 gehandelt, wären trotz Transaktionskosten von 2,6 Millionen Euro gegenüber dem seitdem aufgelaufenen Defizit von 4,5 Millionen Euro eine Nettoeinsparung von 1,9 Millionen Euro möglich gewesen. Das Vertagen von Entscheidungen und das Wegducken vor den Herausforderungen und Realitäten unserer Zeit ist keine Kostenersparnis, sondern geht zulasten zukünftiger Generationen.

Was der Prozess hingegen tatsächlich aufgedeckt hat, sind versteckte Kosten an anderer Stelle: Der kommunale Kita-Betrieb bindet mehr als 80 Wochenstunden Verwaltungskapazität und laufende Betriebskosten. Diese Overhead-Kosten tauchten bislang in keiner Bilanz auf. Erst der laufende Prüfprozess hat sie sichtbar gemacht.

Die Solidaris Unternehmensberatungs-GmbH berät Unternehmen der Sozialwirtschaft und hat mehrere Optionen von möglichen Transaktionskosten in ihren Berechnungen nachvollziehbar dargestellt.

**Behauptet wird:** Ein Erfolgsmodell steht auf dem Spiel

*Die kommunalen Kitas in Leopoldshöhe waren maßgeblich daran beteiligt, den heutigen Familienzentrumsverbund aufzubauen. Über Jahre entstand ein Netzwerk, das Kooperation, Beratung und Unterstützung für Familien ermöglicht und weit über die einzelnen Einrichtungen hinauswirkt. Dieser Verbund ist heute einer der wenigen Leuchttürme der Gemeinde im Bereich Familienfreundlichkeit.*

---

<sup>3</sup> Vermerk Gerhard Schemmel vom 23.07.2014 „Haushaltskonsolidierung [sic]: Übergabe der Kitas an freie Träger“.

*Seine Stärke liegt gerade in der engen Zusammenarbeit und der kommunalen Steuerung. Wer die kommunalen Kitas herauslöst, gefährdet dieses erfolgreiche Modell.*

**Richtig ist:** Das Erfolgsmodell bleibt erhalten

Der Familienzentrumsverbund steht nicht zur Disposition. Was ihn tatsächlich gefährdet, ist die Verdrängungswirkung durch kommunale Überkapazitäten. AWO, DRK und Evangelisch-reformierte Kirchengemeinde leisten seit Jahrzehnten hervorragende Arbeit. Ein Blick auf die Praxis zeigt: Bei der letzten Zertifizierung als Familienzentrumsverbund waren es maßgeblich die freien Träger, die den Prozess mitgetragen haben. Wenn in der aktuellen Diskussion der Eindruck entsteht, ihre Kinder seien weniger gut aufgehoben, schadet das dem Verbund als Ganzem. Dessen Stärke liegt gerade in der vertrauensvollen Zusammenarbeit aller, nicht in einer Steuerung durch die Kommune.

**Behauptet wird:** *Fachkräfte gewinnt man nicht durch Unsicherheit*

*Deutschland erlebt einen historischen Mangel an pädagogischen Fachkräften. In einer solchen Situation sendet die Diskussion über die Aufgabe der kommunalen Trägerschaft ein fatales Signal an die Beschäftigten. Die kommunalen Kitas gelten als verlässliche Arbeitgeber mit den Standards des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst. Entsteht der Eindruck, dass diese Sicherheit künftig nicht mehr gewährleistet ist, steigt die Gefahr, dass qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Nachbarkommunen wechseln. Solche Entwicklungen sind andernorts bereits zu beobachten gewesen. Die Folgen tragen am Ende die Familien: unbesetzte Stellen, eingeschränkte Öffnungszeiten und Notbetreuungen.*

**Richtig ist:** Fachkräfte werden geschützt - das ist gesetzlich geregelt

Die Sorge um die Beschäftigten ist ernst und sie ist unbegründet. Ein Personalübergang nach § 613a BGB schützt bestehende Arbeitsverträge. Betriebsbedingte Kündigungen sind nicht geplant, tarifliche Verschlechterungen nicht zu erwarten, vor allem vor dem Hintergrund, dass viele freie Träger den gleichen Tarifvertrag anwenden bzw. sich an den Tarifvertrag anlehnen, in dessen Geltungsbereich sich die Gemeinde Leopoldshöhe befindet (TVöD).

Bisher waren es die freien Träger, die durch die von kommunalen Überkapazitäten erzwungenen Gruppenschließungen Personal abbauen mussten, nicht die Gemeinde. Leopoldshöhe verzeichnet weder offene Stellen noch eine Abwanderung von Fachkräften in Nachbarkommunen. Der Fachkräftemangel ist kein Argument für den Erhalt kommunaler Trägerschaft, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem, das unabhängig davon gelöst werden muss.

Die Beschäftigten in Leopoldshöhe leisten hervorragende Arbeit. Ihr täglicher Einsatz auch in dieser Phase verdient vollen Respekt.

**Behauptet wird:** Demografischer Wandel braucht Gestaltungsspielräume

*Es stimmt, dass die demografische Entwicklung langfristig zu einem Überhang an Betreuungsplätzen führen kann. Doch für das kommende Kindergartenjahr sind die Plätze in den vier kommunalen Einrichtungen vollständig belegt. Gerade deshalb muss die Gemeinde handlungsfähig bleiben. Wer die Trägerschaft aus der Hand gibt, verliert die Möglichkeit, auf zukünftige Entwicklungen flexibel und sozialverträglich zu reagieren. Ein freier Träger muss wirtschaftlich arbeiten. Werden Standorte oder Gruppen unrentabel, besteht das Risiko von Schließungen. Beispiele dafür gibt es bereits in anderen Kommunen. Die Gemeinde bleibt dann zwar gesetzlich verpflichtet, ausreichend Betreuungsplätze bereitzustellen, hat aber deutlich weniger Einfluss auf deren tatsächliches Angebot.*

**Richtig ist:** Gestaltungsspielräume brauchen ehrliche Zahlen

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII § 4) regelt eindeutig: Freie Träger haben Vorrang vor öffentlichen Trägern. Das schränkt den kommunalen Handlungsspielraum bewusst ein. Eigenregie um jeden Preis steht im Widerspruch zum gesetzlichen Leitbild der Jugendhilfe.

Die freien Träger in Leopoldshöhe haben ihre Verlässlichkeit längst bewiesen, auch in schwierigen Phasen. Sie kennen die Familien, sind in der Gemeinde verwurzelt und tragen bereits heute den Großteil der Betreuungsinfrastruktur. Auf diese Partner kann Leopoldshöhe auch in Zukunft bauen.

Gestaltungsspielraum hat seinen Preis: Kommunale Trägerschaft bedeutet volle Betriebs- und Personalkosten, ohne die Effizienzvorteile freier Träger. Jeder Euro, der hier gebunden wird, fehlt bei Schulen, Spielplätzen und Infrastruktur - Bereiche, in die kein freier Träger einspringen kann. Durch hohe Defizite wird genau dort der Spielraum eingeschränkt, wo die Gemeinde unersetzlich ist und wo Kinder es langfristig spüren.

#### **Behauptet wird:** Das Problem liegt nicht in Leopoldshöhe

*Die finanzielle Schieflage vieler Kindertagesstätten ist kein kommunales Problem, sondern die Folge einer landesweiten Unterfinanzierung der frühkindlichen Bildung. Die richtige politische Adresse für Reformen ist deshalb das Land Nordrhein-Westfalen – nicht die Familien, Kinder und Beschäftigten vor Ort. Niemand käme auf die Idee, eine Straße abzureißen, weil ihre Unterhaltung Geld kostet. Kitas und Schulen sind mindestens ebenso wichtige Infrastruktur. Sie sind die Grundlage für Bildung, Chancengleichheit und die Attraktivität einer Kommune als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Wer hier den Rotstift ansetzt, spart nicht für die Zukunft – sondern an ihr.*

#### **Richtig ist:** Das Problem liegt auch in Leopoldshöhe

Es stimmt: Die landesweite Unterfinanzierung frühkindlicher Bildung ist real und politisch zu bekämpfen. Aber das entbindet Leopoldshöhe nicht von der Pflicht zur Selbstkritik. Die Defizite der kommunalen Kitas in Leopoldshöhe sind nicht allein dem Land geschuldet. Sanierungsstau, fehlende Effizienzvorteile, höhere Betriebskosten sowie begrenzte personelle Steuerungskapazitäten sind hausgemachte Nachteile einer Trägerschaft, die an ihre Grenzen gestoßen ist.

Ja, Kitas sind unverzichtbare Infrastruktur, so wie es beispielsweise Straßen auch sind. Aber niemand besteht darauf, dass ausgerechnet die Gemeinde eine Straße selbst bauen und betreiben muss, wenn es Fachleute gibt, die das wirtschaftlicher und fachlich gut können.

#### **Unsere Forderungen**

*Die Aufgabe der kommunalen Kita-Trägerschaft wäre eine Entscheidung mit kaum umkehrbaren Folgen. Deshalb fordert die Initiative für kommunale Kindergärten in Leopoldshöhe:*

- *einen sofortigen Stopp der bislang intransparenten Verhandlungen,*
- *die Vorlage einer unabhängigen und vollständigen Folgekostenanalyse, die Fördermittelrisiken, Personalverpflichtungen und mögliche Defizitausgleiche offenlegt,*
- *sowie ein klares Bekenntnis des Rates zum Erhalt der kommunalen Trägerschaft als Kern der örtlichen Daseinsvorsorge.*

*Die Zukunft unserer Kinder darf nicht Gegenstand kurzfristiger Sparüberlegungen sein. Wer Familien stärken will, muss in Bildung investieren – nicht sie aus der Hand geben.*

#### **Zu den Forderungen**

Die Forderungen der Initiative sind nachvollziehbar und entspringen echter Sorge, aber sie gehen an der Realität dieses Prozesses vorbei. Der Rat hat einen Prüfauftrag erteilt, einen Arbeitskreis eingerichtet und unabhängige Gutachten beauftragt. Der Arbeitskreis hat mehrfach getagt, die Fraktionen beraten sich und diskutieren über Monate. Wer das als intransparent bezeichnet, hat den Prozess nicht verfolgt oder möchte seinen Verlauf nicht akzeptieren.

Die Grundlage für eine Entscheidung liegt vor. Es ist nicht Aufgabe einer Elterninitiative, dem Rat vorzuschreiben, zu welchem Ergebnis er zu kommen hat. Es ist die Aufgabe des Rates, auf Basis von Fakten verantwortungsvoll zu entscheiden. Die Entscheidung, die der Rat trifft, trägt Verantwortung für künftige Generationen in Leopoldshöhe. Langfristig denken bedeutet, heute handeln - auch für die, die noch nicht mitreden können.